






PflegOMat 2025

Rückmeldung der Parteien in der Übersicht

 <p>Stark für die Pflege</p>	<p>Position</p>	<p>1. Der demografische Wandel erfordert zwingend die Verringerung der Pflegelast. Dafür müssen Prävention, Gesundheitsförderung und das Selbstmanagement bei chronischen Erkrankungen gezielt gefördert und als Leistungen von Pflegefachpersonen erbracht werden können.</p>
 <p>Soziale Politik für Dich.</p>	<p>Zustimmung</p>	<p>Aufgrund ihrer ausgeprägten Altersabhängigkeit ist die pflegerische Versorgung angesichts der demografischen Tendenzen mit enormen Herausforderungen konfrontiert. Daher setzen wir auf Prävention und Vorbeugung von Pflegebedürftigkeit. Diese Themen werden immer wichtiger und präsenter im Berufsalltag der professionell Pflegenden. Wir wollen dabei auch die Chancen der Digitalisierung nutzen, um digitale Produkte und Beratungsangebote zur Vorbeugung der Pflegebedürftigkeit ortsunabhängig anzubieten, verlässliches Monitoring zu ermöglichen und bestehende Versorgungsangebote besser zu vernetzen. So wollen wir die Pflegenden und die Pflegeinfrastruktur vor Überforderung schützen und das Angebot für Pflegebedürftige stabil erhalten.</p>
	<p>Zustimmung</p>	<p>Die Vermeidung von Pflegebedürftigkeit ist für uns nicht nur ein Gebot der Menschlichkeit. Mit Prävention und Reha wollen wir Pflegebedürftigkeit möglichst lange aufschieben. Somit entlasten wir das System tiefgreifend. Stationäre und ambulante Einrichtungen sollen mehr Gestaltungsmöglichkeiten in der Versorgung erhalten. Durch neue Wohn- und Betreuungsformen, in denen Pflege- und Betreuungskräfte sowie Angehörige die Versorgung gemeinsam übernehmen, wollen wir starre Grenzen zwischen den Bereichen abbauen.</p>
	<p>Zustimmung</p>	<p>Vor dem Hintergrund des demografischen Wandels ist es unabdingbar, dass wir die Fachpflege in Deutschland endlich in die Lage versetzen, in komplexen fachlichen Pflegeprozessen eigenständig Heilkunde ausüben und abrechnen zu können. Insbesondere in den Bereichen der Versorgung von Diabetes, Demenz und chronischen Wunden. Aber auch in anderen Bereichen wollen wir der Pflege mehr Eigenverantwortung zugestehen, indem wir ihren Handlungsspielraum erweitern und eigenständige Entscheidungen ermöglichen.</p>
	<p>Zustimmung</p>	<p>Jede chronische Erkrankung, die durch Prävention vermieden oder gelindert wird, erhöht die Lebensqualität der Menschen und kann die Belastung für das Pflegesystem reduzieren. Dabei kann Pflegepersonal eine wichtige Rolle einnehmen. Wir Freie Demokraten fordern eine proaktive Präventionsstrategie.</p>

		<p>Insbesondere die Primärprävention ist dabei ein entscheidender Faktor, um die Gesundheit der Bevölkerung langfristig zu fördern. Die Digitalisierung bietet hierbei große Chancen, zum Beispiel durch innovative Technologien wie Gesundheits-Apps, Telemedizin beziehungsweise Telepflege und Wearables. Sie helfen dabei, das eigene Verhalten selbstbestimmt anzupassen und dadurch Erkrankungen vorzubeugen, die in eine Pflegebedürftigkeit münden oder diese verstärken können.</p>
	Zustimmung	<p>Der Pflegebedarf ist naturgemäß stark altersabhängig. Wenn es mehr Menschen in höherem Alter gibt, bewirkt dies eine höhere Pflegelast. Das wichtigste Instrument, mit dem man dem entgegenwirken kann, ist mehr soziale Gerechtigkeit, also Verhältnisprävention. Denn Menschen mit niedrigem sozioökonomischen Status haben mehr Belastungen und weniger Ressourcen. Die Folge ist ein höherer Pflegebedarf. Diesen kann man senken, wenn die Politik es schafft, deren Belastungen im Laufe des Lebens zu senken und die Ressourcen, z. B. Bildung, zu stärken. Ein solcher Ansatz erfordert die Mitwirkung vieler Politikbereiche und einen langen Atem, ist aber der eindeutig erfolgversprechendste Weg die Auswirkungen des demographischen Wandels in der Pflege zu begrenzen.</p>
	Zustimmung	<p>Das BSW setzt sich für eine umfassende Reform des deutschen Gesundheitswesens und dabei unter anderem für eine aus Steuermitteln finanzierte Pflegevollversicherung ein. Prävention, Gesundheitsförderung, die Behandlung chronischer Erkrankungen und eine Stärkung der Patienten stehen für uns hierbei im Fokus. Durch Prävention als staatliche Aufgabe muss sozialer Ungleichheit und der zunehmenden Pflegelast entgegengewirkt werden. Die Pflegeleistungen müssen hierbei von fachlich gut qualifizierten Fachkräften erbracht werden, wofür die Attraktivität der Pflegeberufe deutlich verbessert werden muss. Pflegeleistungen müssen grundsätzlich allen bedürftigen Menschen zugänglich gemacht und dafür in erster Linie öffentlich bereitgestellt werden. Wir wollen pflegende Angehörige besser unterstützen und die Vereinbarkeit von Pflege und Familie fördern. Die Selbstbestimmung wollen wir durch eine Einbindung der Betroffenen in die Strukturen der Steuerung der Gesundheits- und Pflegeversorgung auf kommunaler Ebene gewährleisten und damit die Selbstbestimmung stärken.</p>

 <p>Stark für die Pflege</p>	<p>Position</p>	<p>2. Die professionelle Pflege muss gleichberechtigt in die Gestaltung der Gesundheitsversorgung einbezogen werden. Deshalb muss sie eine maßgebliche Beteiligung an relevanten Prozessen der Gesetzgebung und Regulierung bekommen und wahrnehmen können. Pflegeberufekammern sind der Schlüssel für die Selbstbestimmung der Pflegeberufe.</p>
 <p>Soziale Politik für Dich.</p>	<p>Zustimmung</p>	<p>Die Pflegekräfte sind die größte Beschäftigtengruppe im Gesundheitswesen. Ihre Interessenvertretung ist trotz Verbesserungen in den letzten Jahren vergleichsweise immer noch schwach. Die Pflege muss daher deutlich besser an den politischen Prozessen beteiligt werden. Diese Forderung unterstützt die SPD ausdrücklich. Dabei sind wir überzeugt, dass die Frage, wie die Selbstverwaltung der Pflege in Zukunft organisiert werden soll, im Rahmen einer bundesweiten Befragung aller professionell Pflegenden entschieden werden muss, um die nötige Legitimation des neuen Akteurs möglichst stark zu gestalten.</p>
	<p>Zustimmung</p>	<p>Die professionelle Pflege stellt in der Gesundheitsversorgung die größte Berufsgruppe. Für die pflegerische Versorgung in unserem Land verfügen sie über eine große und wertvolle Expertise. Daher wollen wir die berufsständische Vertretung mit Sitz und Stimme im Gemeinsamen Bundesausschuss etablieren.</p>
	<p>Zustimmung</p>	<p>Die drängende Frage zur Zukunft einer wohnortnahen und bedarfsgerechten Versorgung der Menschen in Deutschland werden wir nur mit der Expertise von professionell Pflegenden lösen können. Sie nehmen nicht nur in der direkten Pflege, sondern auch in der Planung und Steuerung von Prozessen eine Schlüsselrolle ein. Ihr Wissen, ihre Erfahrung ist auf politischer Ebene entscheidend, um das Gesundheitswesen im Sinne der Menschen zu gestalten. Eine starke Vertretung der Pflegenden auf Bundesebene hat das Potenzial, einen Platz am Tisch der Selbstverwaltung im Gesundheitswesen einzunehmen und über relevante Verbesserungen für die Versorgung der Bevölkerung mitzuentcheiden. Das wollen wir weiter voranbringen.</p>
	<p>neutral</p>	<p>Die professionelle Pflege ist eine elementare Säule unserer Gesundheitsversorgung. Wir Freie Demokraten unterstützen daher Bestrebungen, die politische Interessensvertretung der Pflegeberufe zu stärken. Entscheidend ist für uns, dass dahingehende Entscheidungen nicht über die Köpfe</p>

		der pflegerischen Basis hinweg getroffen werden. Einer Zwangsmitgliedschaft in einer Pflegeberufekammer stehen wir vor diesem Hintergrund kritisch gegenüber.
	Zustimmung	Die Linke setzt sich stets dafür ein, dass alle Gesundheitsberufe auf Augenhöhe miteinander arbeiten können. Pflegekammern können ein Weg zu mehr Gehör sein, da hier grundsätzlich alle Berufsangehörigen obligatorisch Mitglied sind und sie auch einzelne öffentlichen Aufgaben übernehmen können. Voraussetzung dafür ist die breite Akzeptanz der Kammer innerhalb des Berufs. Wir setzen uns mit unseren Fraktionen/Gruppe in den Parlamenten stets dafür ein, dass Pflegeverbände zu Gesetzgebungsverfahren eingeladen und beteiligt werden. Wir sprechen uns innerhalb des Status quo dafür aus, dass Pflegevertreter*innen in einschlägigen Verfahren im G-BA beteiligt werden, die sie betreffen. Mittelfristig hingegen wollen wir den G-BA grundlegend reformieren, da wir darin zu viel Eigeninteressen der Bänke und zu wenig Interessen vieler anderer Gruppen vertreten sehen, die von G-BA-Entscheidungen betroffen sind, zuvorderst die der Patient*innen.
	neutral	Für die Sicherstellung einer professionellen Pflege und einer Verbesserung der Arbeitsbedingungen von Pflegekräften und ihrer Entlohnung müssen die Pflegeberufe gestärkt und ihre demokratische Beteiligung an den politischen und gesetzlichen Rahmenbedingungen verbessert werden. Pflegeberufekammern als Einrichtungen auf Länderebene können dies in ihrer aktuellen Form aufgrund ihrer mangelnden Bundeskompetenz jedoch nur bedingt einlösen, während Pflichtbeiträge die Pflegekräfte unverhältnismäßig belasten. Mindestens ergänzend braucht es eine starke Gewerkschaft für die Pflegeberufe. Das BSW fordert eine Stärkung der kommunalen Ebene in der Planung und Organisation der Gesundheits- und Pflegeversorgung, bei der die kostspielige Trennung der verschiedenen Versorgungssektoren wie der ambulanten, Pflege- und stationären Versorgung überwunden wird. In diesem Rahmen muss den Pflegeberufen eine bedeutendere Stellung als bisher eingeräumt werden.



 <p>Stark für die Pflege</p>	<p>Position</p>	<p>3. Der Pflegeberuf braucht klare Karrierewege von der Pflegefachassistenz bis zur Professur. Bundeseinheitliche Regelungen zur Ausbildung sowie zu Weiterbildung und Studium sind dafür unabdingbar.</p>
	<p>Zustimmung</p>	<p>Die SPD setzt sich für einheitliche Standards ein. Sie sollen sicherstellen, dass alle von einer hohen Ausbildungsqualität profitieren. Klar definierte Karrierewege von der Pflegeassistenz bis zur Professur müssen dabei besonders die praktische Berufserfahrung würdigen. Sie sorgen dann so für eine bessere Durchlässigkeit, bieten echte Aufstiegschancen und stärken das interdisziplinäre Arbeiten. Die Standards der beruflichen Professionalisierung gewährleisten folglich auch eine hohe Qualität der Versorgung.</p>
	<p>Zustimmung</p>	<p>Eine zukunftsfeste Pflege braucht Menschen, die in den vielfältigen Berufen arbeiten. Um dem Personalnotstand entgegenzuwirken, setzen wir auf attraktive Arbeitsbedingungen wie planbare Einsatzzeiten und Springerpools zum Abfedern von Belastungsspitzen, Aufstiegsmöglichkeiten, neue Berufsbilder und Anwerbungen im Ausland. Gleichzeitig unterstützen wir den Einsatz und die Zusammenarbeit multiprofessioneller Teams und von Fachkräften unterschiedlicher Qualifikationsstufen. Wir stärken die Rolle von Pflegefachpersonen in der gesundheitlichen Versorgung und vereinfachen Dokumentationsprozesse, die viel Zeit in Anspruch nehmen.</p>
	<p>Zustimmung</p>	<p>Der Pflegeberuf kennt viele unterschiedliche Qualifikationen: von der Pflegehilfe bis zum Masterabschluss. Das macht ihn so spannend und unglaublich vielfältig. Damit sich Menschen innerhalb des Pflegeberufs entwickeln können, müssen wir aber noch weitere Schritte gehen. Wir wollen den Ausbildungsdschungel beenden und die Pflegeassistentenausbildung bundeseinheitlich regeln, damit Menschen mit dieser Ausbildung deutschlandweit arbeiten können und die Anerkennung ausländischer Abschlüsse erleichtert wird.</p> <p>In Bezug auf das Pflegestudium konnte die Bundesregierung unter Grüner Beteiligung schon erreichen, dass Studierende eine Vergütung erhalten und heilkundliche Tätigkeiten erlernt werden.</p> <p>Die Regelungen zur Fort- und Weiterbildung sollten von der Berufsgruppe gestaltet werden. Daher unterstützen wir den Aufbau von berufsständischen Vertretungen in der Pflege.</p>

	<p>Zustimmung</p>	<p>Wir Freie Demokraten stärken das Pflegepersonal. Die Pflegeausbildung müssen wir fit für die Zukunft machen. Wir wollen mehr digitale Inhalte, eine Stärkung der pflegerischen Kompetenzen und eine leistungsgerechte Durchlässigkeit in Pflegeberufen. Aus den 27 verschiedenen Ausbildungsverordnungen für Pflegeassistenten machen wir eine einjährige bundeseinheitliche Ausbildung. Denn für bessere Arbeitsbedingungen braucht es insbesondere mehr Kolleginnen und Kollegen. Da viele Pflegekräfte aus gesundheitlichen Gründen den Beruf vorzeitig verlassen müssen, nehmen wir sowohl die psychische als auch physische Unterstützung sehr ernst. Wichtig ist uns dabei stets, die beruflich Pflegenden an zentraler Stelle in die Erarbeitung der nötigen Reformen einzubinden und so ihre fachliche und praktische Expertise zu nutzen.</p>
	<p>Zustimmung</p>	<p>Der Pflegeberuf ist vielschichtig und entwickelt sich weiter. Die Pflegewissenschaft und verwandte Wissenschaften gewinnen dabei sehr an Bedeutung. Eine Pflegeausbildung darf keine Sackgasse sein. Die Durchlässigkeit bis zu akademischen Graden muss politisch gefördert werden. Momentan ist die Regulierung der Pflegeausbildung und der Pflegestudiengänge besonders zersplittert. Wir wollen bundeseinheitliche Rahmenbedingungen in der Aus- und Weiterbildung, um Auf- und Umsteiger*innen den Berufsweg zu eröffnen, der ihren Wünschen und Bedarfen am besten entspricht. Abschlüsse müssen vergleichbar sein und müssen überall in Deutschland die gleiche berufliche Weiterentwicklung ermöglichen.</p>
	<p>Zustimmung</p>	<p>Das BSW setzt sich für eine Stärkung, Aufwertung und Professionalisierung aller Pflegeberufe ein. Bundeseinheitliche Regelungen zur Ausbildung, Weiterbildung und Studium können hierzu einen wichtigen Beitrag leisten. Verbesserte akademische Karrierewege in der Pflege müssen dabei mit einer Aufwertung der beruflichen Perspektiven für die Pflegefachassistenz Hand in Hand gehen.</p>


	<p>Position</p>	<p>4. Advanced Practice Nurses (APN) und Community Health Nurses (CHN) verbessern die Gesundheitsversorgung. Diese pflegerischen Berufsbilder auf Master-Niveau müssen im Berufs- sowie Leistungsrecht verankert und flächendeckend eingeführt werden.</p>
	<p>Zustimmung</p>	<p>Die SPD setzt sich für die Übertragung ärztlicher Aufgaben bzw. der Heilkundeausübung auf qualifizierte/akademisch ausgebildete Gesundheitsfachberufe im Rahmen des Berufsrechts (APN, CHN- Gesetze) sowie des Leistungs- und des Vergütungsrechts ein. Wir unterstützen die Etablierung und Verbreitung der vorhandenen ärzteentlastenden Versorgungsmodelle ausdrücklich. Diese schaffen neue Angebote an den Eintrittspunkten zur Versorgung, reduzieren Komplexität in den Patientenpfaden und stärken nachhaltig die flächendeckende Primärversorgung.</p>
	<p>Zustimmung</p>	<p>Neue Berufsbilder in der Pflege wie die der Community Health Nurse, die Advanced Practice Nurse (APN) oder der Schulgesundheitsfachkraft sind inklusive ihrer Tätigkeitsfelder und Finanzierungsmöglichkeiten zu etablieren. Denjenigen Fachkräften, die sich weiterentwickeln möchten, wollen wir damit attraktive Karrieremöglichkeiten in der Pflege bieten.</p>
	<p>Zustimmung</p>	<p>Eine moderne und effiziente Versorgung braucht umfassende Expertise. Insbesondere im Bereich der Pflege werden die Bedarfe aufgrund der alternden Bevölkerung immer komplexer. Die Etablierung von neuen Berufsbildern in Deutschland wie der Advanced Practice Nurse und der Community Health Nurse sind für uns GRÜNE daher elementar, um die pflegerische Versorgung gerade im ländlichen Raum zu stärken und sicherzustellen sowie international anschlussfähig zu werden.</p>
	<p>Zustimmung</p>	<p>Die mit anderen Gesundheitsberufen koordinierte Integration von Advanced Practice Nurses (APN) und Community Health Nurses (CHN) in den Versorgungsalltag kann unser Gesundheitswesen verbessern. Sie ist ein Ausdruck der Stärkung pflegerischer Kompetenzen und einer leistungsgerechten Durchlässigkeit in Pflegeberufen, für die wir Freie Demokraten uns einsetzen.</p>
	<p>Zustimmung</p>	<p>Deutschland ist bei der Weiterentwicklung der Pflegeberufe ein Entwicklungsland. Die Linke will die vorhandenen Kompetenzen von Pflegefachpersonen besser nutzen und ihnen mehr eigenverantwortliche Arbeit ermöglichen. APN und CHN sind neue Berufsfelder, die wichtig sind, um</p>

		<p>bestehende Qualitätsprobleme in der Versorgung zu beheben. Neben einem schnellen APN-Berufsgesetz braucht es endlich die Heilkundeerlaubnis.</p>
<p>Bündnis Sahra Wagenknecht Vernunft und Gerechtigkeit.</p>	<p>neutral</p>	<p>Die Einführung von Advanced Practice Nurses (APN) und Community Health Nurses (CHN) kann einen Beitrag zur Stärkung der Gesundheitsversorgung insbesondere in strukturschwachen Regionen leisten, den Pflegeberuf aufwerten und die ärztliche Versorgung entlasten. Im Rahmen der notwendigen Gesamtreform des Gesundheitswesens hin zu einer integrierten Gesundheitsversorgung mit einer starken kommunalen Verankerung könnten APN und CHN eine sinnvolle Ergänzung darstellen. Das BSW setzt sich für eine verstärkte Diskussion über Vor- und Nachteile ein, die auch zu einer Klärung der Abgrenzung und Zusammenarbeit von Ärzten einerseits und APN und CHN andererseits, ebenso wie Pflegefachassistenten führen muss. APN und CHN dürfen nicht zu einer Absenkung der Qualitätsstandards und einem Abbau an vorgehaltener Kompetenz auf Seiten der Ärzteschaft führen.</p>

	<p>Position</p>	<p>5. Der Wissenschaftsrat empfiehlt für die Pflege anhaltend eine Akademisierungsquote von 20 Prozent. Dieses Ziel wollen wir mit einem Ausbau der hochschulischen Qualifikation und der Erweiterung des Handlungsrahmen akademischer Pflegefachpersonen erreichen.</p>
	<p>Zustimmung</p>	<p>Wir unterstützen die Akademisierung der Pflegeberufe, auch um mehr Durchlässigkeit im Beruf und bessere Karrierechancen der Pflegenden zu ermöglichen. Die Pflegestudiengänge sollen aus unserer Sicht so konzipiert werden, dass die Absolvent*innen nicht aus der Versorgung abwandern.</p>
	<p>Zustimmung</p>	<p>Eine Akademisierungsquote, die sich an den Empfehlungen des Deutschen Wissenschaftsrates zu hochschulischen Qualifikationen im Gesundheitswesen orientiert, streben wir an. Dafür ist ein Ausbau der Pflegepädagogik an den Hochschulen notwendig. Die hochschulische Ausbildung von Pflegekräften muss wie die berufliche Ausbildung dabei immer hin zum Menschen ausgerichtet sein. Pflegekräfte mit einem Hochschulabschluss müssen, wie ausgebildete Pflegekräfte auch, in der direkten pflegerischen Versorgung tätig werden.</p>
	<p>Zustimmung</p>	<p>Um unsere Gesundheitsversorgung in Deutschland auf dem heutigen Niveau zu halten und möglichst zu verbessern, brauchen wir auch akademisch ausgebildetes Pflegepersonal. Um die Attraktivität des Pflegestudiums zu erhöhen, hat die Bundesregierung unter Grüner Beteiligung eine Ausbildungsvergütung im Studium eingeführt sowie Heilkundekompetenzen im Pflegestudium verankert. Damit werden diesen besonderen Anforderungen angemessen Rechnung getragen. Wir werden uns weiterhin dafür einsetzen, die Bedingungen in Ausbildung und Studium zu verbessern. Gleichzeitig wollen wir, dass Pflegefachpersonen mehr Handlungsspielräume zugesprochen werden und die erbrachten Leistungen auch eigenständig abgerechnet werden können.</p>
	<p>Zustimmung</p>	<p>Wir Freie Demokraten sehen in der Möglichkeit zum Einschlagen einer akademischen Laufbahn einen wichtigen Baustein zur Steigerung der Attraktivität des Pflegeberufes sowie der Stärkung der pflegerischen Kompetenz. Daher setzen wir uns für den flächendeckenden Auf- und Ausbau pflegewissenschaftlicher Fakultäten sowie die Stärkung der Pflege- und Versorgungsforschung ein. Zugleich wollen wir sicherstellen, dass der Pflegeberuf weiterhin auch Bewerbern ohne Allgemeine Hochschulreife offensteht.</p>

	<p>Zustimmung</p>	<p>Die Linke kämpft seit langem dafür, die Pflegeberufe entsprechend des Versorgungsbedarfs weiterzuentwickeln. Das betrifft einerseits die Übertragung pflegewissenschaftlicher Erkenntnisse in die klassische Pflegeversorgung, aber auch neue Berufsfelder, die teils weit über den üblichen Pflegebegriff hinausgehen. In der Gesundheit muss die Politik der Wissenschaft folgen. Diese sagt klar: Mit einem ausreichenden Anteil an akademisierten Pflegekräften verbessert sich die Versorgung und damit die Gesundheit der Patient*innen bzw. Menschen mit Pflegebedarf. Wir unterstützen eine solche Akademisierungsquote und wollen die hochschulischen Kapazitäten daran anpassen.</p>
	<p>Zustimmung</p>	<p>Das BSW unterstützt grundsätzlich die Idee der Akademisierung im Pflegebereich als Beitrag zur Professionalisierung und Steigerung der Pflegequalität und der Attraktivität des Pflegeberufs, solange diese sozial gerecht und praxisorientiert ausgestaltet wird. Durch eine durchlässige Pflegebildung muss eine Zweiklassengesellschaft innerhalb der Pflege und eine Abwertung der ausgebildeten Pflegefachkräfte verhindert werden. Pflegerische Ausbildungs- und Studiengänge müssen für alle zugänglich und somit kostenfrei sein. Eine Akademisierungsquote ist allein kein Allheilmittel, solange nicht die Arbeitsbedingungen in der Pflege insgesamt substanziell verbessert werden. Im Bereich Patientenversorgung und Prävention ist eine Erweiterung des Handlungsrahmens akademischer Pflegekräfte sinnvoll, diese müssen aber durch klare gesetzliche Vorgaben und eine angemessene Vergütung abgesichert werden.</p>



 <p>Stark für die Pflege</p>	<p>Position</p>	<p>6. Professionelle Pflege braucht evidenzbasierte Weiterentwicklung und Grundlagenforschung. Der Auf- und Ausbau von Pflegewissenschaft muss politisch gefördert werden, um pflegerelevante Forschung zu stärken und Fragen zur Versorgungspraxis bearbeiten zu können.</p>
	<p>Zustimmung</p>	<p>Wir sind für eine Förderung der Pflegewissenschaft. Denn sie liefert die Grundlagen für eine evidenzbasierte Weiterentwicklung der Pflegepraxis. So verbessert sie die Qualität und Effizienz der Versorgung und stärkt die berufliche Position der professionell Pflegenden.</p>
	<p>Zustimmung</p>	<p>Grundlagenforschung als auch anwendungsorientierte Forschung leisten einen wichtigen Beitrag zur Weiterentwicklung der Pflegepraxis. CDU und CSU werden sich dafür einsetzen, dass das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) auch zukünftig die Pflegeforschung mit Fördermaßnahmen voranbringen wird.</p>
	<p>Zustimmung</p>	<p>Die Pflegewissenschaft ist elementar, um die pflegerische Versorgung in Deutschland weiterzuentwickeln und zu stärken. Dazu gehört für uns auch der Aufbau von pflegewissenschaftlichen Instituten und Fakultäten sowie der Ausbau entsprechender Studiengänge. Wir GRÜNE setzen uns dafür ein, dass pflegerelevante Themen stärker in Förderprogrammen berücksichtigt werden und wissenschaftliche Ergebnisse auch in der Praxis ankommen.</p>
	<p>Zustimmung</p>	<p>Für uns Freie Demokraten nimmt Evidenzbasiertheit eine zentrale Rolle in der Gesundheits- und Pflegepolitik ein. Daher setzen wir uns für den flächendeckenden Auf- und Ausbau pflegewissenschaftlicher Fakultäten sowie die Stärkung der Pflege- und Versorgungsforschung ein.</p>
	<p>Zustimmung</p>	<p>Die Linke tritt für eine evidenzbasierte Gesundheits- und Pflegeversorgung ein. Diese Evidenz muss gezielt gefördert werden, denn kommerzielle Forschung wird in der Pflegewissenschaft mangels Gewinnaussichten kaum Engagement zeigen. Wir wollen, dass mehr hochschulische Forschung (auch durch mehr pflegewissenschaftliche Lehraufträge) durchgeführt wird. Aber auch die Grundlagenforschung außerhalb der Hochschulen braucht staatliche Finanzierung. Die Linke fordert im Bundestag jährlich, im Bundeshaushalt einen Fonds für nichtkommerzielle und gemeinwohlorientierte Gesundheitsforschung einzurichten. Dieser wurde leider von allen anderen vertretenen Parteien abgelehnt.</p>

 <p>Bündnis Sahra Wagenknecht Vernunft und Gerechtigkeit.</p>	<p>Zustimmung</p>	<p>Das BSW setzt sich im Sinne einer Stärkung des öffentlichen Gesundheitssystems für eine von privaten und gewinnorientierten Interessen unabhängige und deshalb mit öffentlichen Mitteln sichergestellte evidenzbasierte Pflegewissenschaft und pflegerelevante Forschung an den Hochschulen ein, um Qualität und Effizienz der Gesundheitsversorgung zu verbessern. Die pflegewissenschaftliche Forschung muss praxisnah und auf die Bedürfnisse der Bevölkerung ausgerichtet sein und hierbei besonders Themen wie Arbeitsbedingungen in der Pflege, Unterversorgung in ländlichen Regionen und der psychischen Belastung von Pflegekräften bearbeiten. Die Pflegewissenschaft sollte nicht isoliert betrachtet werden, sondern interdisziplinär in enger Zusammenarbeit mit anderen Gesundheitsberufen, wie Ärzten, Sozialarbeitern und Psychologen, und unter enger Einbindung der Pflegekräfte entwickelt werden. Der Zugang zur Pflegewissenschaft muss sozial gerecht und deshalb kostenfrei gewährleistet werden.</p>
---	-------------------	---

 <p>Stark für die Pflege</p>	<p>Position</p>	<p>7. Internationale Kolleg:innen helfen, die Gesundheitsversorgung zu sichern. Sie müssen gut integriert und begleitet werden, damit Deutschland für sie attraktiv ist. Die Anwerbung muss ethischen Kriterien standhalten und darf im Herkunftsland nicht zu Unterversorgung führen.</p>
 <p>Soziale Politik für Dich.</p>	<p>Zustimmung</p>	<p>Um dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken, möchten wir die weltweite, ethisch vertretbare Anwerbung und Integration von Pflegekräften und ihrer Angehörigen intensivieren, ohne die Versorgung in den Herkunftsländern zu gefährden. Diese Maßnahme muss durch ein schnelles und die Versorgungsqualität sicherndes Anerkennungsverfahren begleitet werden, das eine bundesweite Vereinheitlichung der Anforderungen für Pflegekräfte mit Berufsausbildung außerhalb der EU umfasst. Zudem wollen wir auch eine deutschsprachige Fachausbildung bereits im Herkunftsland ermöglichen.</p>
	<p>Zustimmung</p>	<p>Ohne die gezielte Gewinnung von Pflegekräften aus dem Ausland wird es nicht möglich sein, den Personalbedarf in Deutschland kurz- und mittelfristig zu decken. Wir setzen auf das Gütesiegel „Faire Anwerbung Pflege Deutschland“. Für ausländische Fachkräfte richten wir eine digitale „Work-and-Stay-Agentur“ ein, wovon auch die Pflege profitieren soll. Im Bereich der Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen müssen zudem Standards vereinfacht und Bürokratie abgebaut werden.</p>
	<p>Zustimmung</p>	<p>Angesichts des demografischen Wandels ist Migration auch für die Gesundheitsberufe ein zentraler Baustein gegen den Personalmangel. Schon jetzt sind Menschen mit Migrationshintergrund eine tragende Säule in allen Wirtschaftszweigen unseres Landes, und besonders in der Pflege. Die aktive Anwerbung von Pflegekräften darf aus unserer Sicht aber nicht aus Staaten erfolgen, die selbst einen kritischen Mangel an Gesundheits- und Pflegepersonal haben. Anerkennungsverfahren für ausländische Pflegekräfte können langwierig sein. Wir wollen diese Verfahren weiter erleichtern und Integration in Deutschland fördern. Die Bundesregierung hat unter Grüner Beteiligung mit dem Pflegestudiumstärkungsgesetz einen wichtigen Schritt getan und dafür gesorgt, dass Sprachnachweise erst zur Ausstellung und Erteilung der Berufserlaubnis zu erbringen sind. Damit kann Wartezeit als Lernzeit genutzt werden.</p>

	<p>Zustimmung</p>	<p>Wir Freie Demokraten wollen die Erwerbseinwanderung qualifizierter Fachkräfte aus dem Ausland verbessern. Der Flaschenhals ist eine viel zu bürokratische, langwierige und kostenintensive Berufsankennung. Gerade in der überlasteten Pflege kann dies nicht so bleiben. Deshalb fordern wir eine sogenannte Vermutungsregelung für Pflegefachkräfte, die über mehrere Jahre, akademisch oder beruflich, ausgebildet wurden und über die zur Berufsausübung erforderlichen Deutschkenntnisse verfügen. Statt auf langwierigen Prüfungen zu bestehen, sollen bei Ländern mit hoher beruflicher Anerkennungsquote Kompetenzen auch direkt angenommen werden und gegebenenfalls in der Praxis oder im Nachgang überprüft werden. Das kann kurzfristig zur Entlastung der Kolleginnen und Kollegen beitragen.</p>
	<p>Zustimmung</p>	<p>Wir steuern in Gesundheit und Pflege auf einen riesigen Fachkräftemangel zu. Daher sind natürlich internationale Kolleg*innen hochwillkommen. Die bestmögliche Integration sollte sich von selbst verstehen. Und ja, es ist ein zweischneidiges Schwert, weil oftmals auch die Länder, aus denen die Fachkräfte kommen, selbst zu wenige Fachkräfte haben. Es ist ethisch oft zweifelhaft, wenn in Deutschland unter dem Bedarf ausgebildet wird und die oft nicht billige Ausbildung in andere Länder ausgelagert wird. Ob Anwerbungen stattfinden sollen, muss daher je nach Land entschieden werden.</p>
	<p>Zustimmung</p>	<p>Das BSW fordert prioritär dringend notwendige Reformen des deutschen Pflegesystems und einen klaren Fokus auf einer Steigerung der Attraktivität der Pflegeberufe, ausreichende Ausbildungs- und Studienplätze sowie des Kompetenzaufbaus in erster Linie von in Deutschland bereits lebenden Menschen. Die internationale Anwerbung von Fachkräften darf nur im Ausnahmefall und nur streng nach einschlägigen internationalen ethischen Prinzipien für die Rekrutierung von Gesundheitspersonal erfolgen, bis über die eigene Ausbildung in Deutschland genügend Pflegefachkräfte vorhanden sind. Einer Ausbeutung der Herkunftsländer, die in der Regel selbst unter Fachkräftemangel leiden, stellen wir uns entgegen. Angeworbene Fachkräfte müssen über kostenlose Sprachförderung, soziale Beratung und fachliche Weiterbildung gut integriert werden. Ausländische Fachkräfte müssen vor allem tariflich nach denselben Bedingungen wie in Deutschland ausgebildete Fachkräfte beschäftigt werden. Ein Wettbewerb zwischen EU-Staaten muss ausgeschlossen werden.</p>

 <p>Stark für die Pflege</p>	<p>Position</p>	<p>8. Klimaschutz und Ressourcenschonung sind untrennbar mit der Gesundheit der Bevölkerung verbunden. Deshalb muss Planetare Gesundheit ein Querschnittsthema der Gesundheitspolitik werden. Pflegefachpersonen benötigen Schulungen, damit sie ein nachhaltiges Gesundheitswesen fördern können.</p>
 <p>Soziale Politik für Dich.</p>	<p>Zustimmung</p>	<p>Planetare Gesundheit verbindet Klimaschutz, Ressourcenschonung und die Gesundheit der Bevölkerung, wobei Extremwetterlagen wie Hitzewellen besonders vulnerable Gruppen treffen. Der Ausstieg aus fossilen Energien, Anpassungen an den Klimawandel und gesundheitsfördernde Maßnahmen wie Radfahren oder eine pflanzenbasierte Ernährung tragen langfristig zu einer besseren Gesundheit bei. Pflegefachpersonen spielen eine zentrale Rolle in der Umsetzung dieser Ansätze. Sie benötigen gezielte Schulungen, um beispielsweise klimaresiliente Versorgungskonzepte zu entwickeln und nachhaltige Praktiken in den klinischen Alltag zu integrieren. So können sie einen entscheidenden Beitrag zu einer umweltfreundlicheren und gesünderen Zukunft leisten.</p>
	<p>neutral</p>	<p>Nachhaltigkeit in der Pflege ist ein wichtiges Thema. Insbesondere weil der Gesundheitssektor ein sehr ressourcenintensiver Bereich ist. Wir werden auch in diesem Bereich das Thema Nachhaltigkeit mit einem hohen Stellenwert versehen, in unserer Prioritätensetzung werden wir uns aber verstärkt auf die strukturellen Herausforderungen für Pflegebedürftige, ihre Angehörigen und professionell Pflegende konzentrieren.</p>
	<p>Zustimmung</p>	<p>Der Pflege- und Gesundheitssektor hat ein enormes Potenzial, um Emissionen einzusparen und Ressourcen zu schonen. Auch die tägliche Menge an Verbrauchsartikeln wie Einmal-Handschuhe oder Papiertücher führt die Bedeutung des Themas vor Augen. Pflegefachpersonen nehmen auch hier durch ihre Tätigkeiten und Erfahrung eine Schlüsselrolle ein. Ohne ihre Unterstützung, ihre Expertise und ihr Mitwirken wird ein Umschwung nicht gelingen. Deswegen unterstützen wir Spezialisierungen und Schulungen von Pflegefachpersonen, die sie befähigen, nachhaltig und ressourcenschonend zu arbeiten. Gleichzeitig wollen wir uns für klimafreundliche Projekte in Pflegeeinrichtungen und Krankenhäusern einsetzen und an der Entwicklung nachhaltiger Standards arbeiten.</p>
	<p>neutral</p>	<p>Wir Freie Demokraten setzen uns für ein nachhaltiges Gesundheitswesen ein. Wenn Pflegefachpersonen an einschlägigen Schulungen</p>

		<p>teilnehmen wollen, so sollen sie das aus Sicht der Freien Demokraten auch können. Dies darf in der Praxis aber nicht dazu führen, dass zusätzliche bürokratische Pflichten für pflegendes Personal entstehen, für die Zeit aufgewendet werden muss, die letztendlich für die Versorgung der Pflegebedürftigen nicht zur Verfügung steht.</p>
	Zustimmung	<p>Mensch und Planet sind untrennbar miteinander verbunden. Menschliches Handeln hat Auswirkungen auf den Planeten und der planetare Zustand hat Auswirkungen auf die menschliche Gesundheit. Beides ist für das Gesundheitssystem und die darin arbeitenden Menschen von hoher Bedeutung. Einerseits verursacht das Gesundheits- und Pflegesystem etwa 6 Prozent der Treibhausgasemissionen in Deutschland, Hitze verursacht weitaus mehr Tote als alle anderen Naturkatastrophen zusammen, und Feinstaub verursacht Tausende Todesfälle und noch mehr Krankheiten. Alle professionell Tätigen haben also eine ethische Verpflichtung, an der Senkung der Emissionen mitzuwirken. Andererseits muss sich das Gesundheitssystem auch auf den Klimawandel einstellen, resilient werden. Insofern ist dies auch ein wichtiges Thema für Schulungen.</p>
	neutral	<p>Der Zustand der Umwelt und der Nahrungsproduktion haben einen starken Einfluss auf die menschliche Gesundheit. Sozial benachteiligte Menschen sind hiervon besonders betroffen. Deshalb sollte auch der Umweltschutz und eine qualitativ hochwertige und allen zugängliche Ernährung in der Gesundheitspolitik immer mitbedacht werden. Insofern setzt sich das BSW für Nachhaltigkeit auch im Pflegesystem und in der Umwelt der Menschen im Sinne der Pflegeprävention und -Therapie und auch der sozialen Gerechtigkeit ein. Der Ansatz der „Planetaren Gesundheit“ wird leider auch zur Legitimierung einer fehlgeleiteten Gesundheitspolitik missbraucht, wie zuletzt im Rahmen der (globalen) Pandemiepolitik zur Corona-Bekämpfung. Dies lehnen wir ab.</p>